

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Haushalts- und Finanzausschuss

## Niederschrift

über die 2. öffentliche/ nicht öffentliche Sonder-Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (gemeinsam mit dem Kreisausschuss) am 26.09.2016 in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren: Haushalts- und Finanzausschuss

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Dirk Hohlfeld

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gertraud Rocher

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Detlef Klucke

Herr Hans Kühlewind

Herr Andreas Muschinsky

Herr Matthias Stefke

Herr Dirk Steinhausen

In Vertretung für Herrn Dr. von der Bank

#### **Entschuldigt fehlten:**

Herr Dr. Ralf von der Bank

Frau Bettina Lugk

### Anwesend waren: Kreisausschuss

#### **Vorsitzende des Kreisausschusses und Landrätin**

Frau Kornelia Wehlan

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Detlef von der Heide

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Helmut Barthel

Herr Michael Baumecker

Herr Danny Eichelbaum

Frau Katja Grassmann

Herr Dirk Hohlfeld

Herr Dr. Gerhard Kalinka

Frau Gertrud Klatt

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Detlef Schlüpen

Herr Dirk Steinhausen

#### **Entschuldigt fehlten:**

Herr Dr. Ralf von der Bank

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Information zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2017 5-2906/16-LR/1
- 3 Erhöhung der Aufwendungen / Auszahlungen in den Produktkonten Übergangswohnheime und Leistungen für Asylbewerber 5-2919/16-II/1

#### **Nichtöffentlicher Teil**

- 4 Veräußerung eines Grundstückes in der Gemarkung Osdorf, Flur 4, Flurstück 102 5-2869/16-I

#### **Öffentlicher Teil**

##### **TOP 1**

##### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses begrüßt die Abgeordneten des HFA und des Kreisausschusses sowie die Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur gemeinsamen Sitzung fest.

Frau Landrätin Wehlan gibt bekannt, dass die Verwaltung die Vorlage unter TOP 3 des nicht öffentlichen Teils der Sitzung – Veräußerung eines Grundstückes in der Gemarkung Osdorf – (5-2869/16-I) zurückzieht, da die vom HFA empfohlenen Prüfung zum Erbbaurecht noch nicht abschließend erfolgt ist.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete und Dezernentin II, weist darauf hin, dass zusätzlich zur Tagesordnung die Vorlage 5-2919/16-II vorliegt und begründet die Dringlichkeit.

Frau Abg. Grassmann fragt, ob aufgrund der Höhe von über 4 Mio. Euro nicht ein Nachtragshaushalt erforderlich wird.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass bereits mit der Vorlage im Juni 2016 vermittelt wurde, dass kein Nachtragshaushalt erstellt werden muss. Notwendig ist jedoch eine Entscheidung des dem Kreistages zur überplanmäßigen Ausgabe, die aufgrund der Leerstandskapazitäten entstanden ist.

Der Vorsitzende des HFA schlägt vor, die Dringlichkeitsvorlage 5-2919/16-II als TOP 3 in den öffentlichen Teil der Sitzung aufzunehmen. Der TOP 3 des nicht öffentlichen Teils entfällt.

**Die so geänderte Tagesordnung wird durch die Mitglieder des HFA und des Kreisausschusses einstimmig bestätigt.**

(Die Abg. Schlüpen, Muschinsky und Barthel nehmen an der Sitzung teil.)

## **TOP 2**

### **Information zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2017 ( 5-2906/16-LR/1 )**

Frau Landrätin Wehlan begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Boßdorf, stellv. Sachgebietsleiterin Personal und Organisation.

Frau Landrätin Wehlan erläutert die Vorlage. Mittels einer Power-Point-Präsentation (*liegt der Niederschrift als Anlage bei*) gibt sie einen Überblick über die Zeitschiene für die Einbringung des Haushaltes 2017, die Eckdaten des Stellenplanes, die Entwicklung der Kw-Stellen, die Vollzeitstellen je Amt sowie die Bedarfsanmeldungen, die Prognose zur Entwicklung des Stellenvolumens 2012 bis 2017, den Personalkostenvergleich 2016/2017 in der Prognose, die Stelleneinrichtung aufgrund steigender Flüchtlingszahlen, den Abbau befristeter eingerichteter Stellen für die Flüchtlingsbetreuung, die Krankenstatistik 2013 bis 2015 sowie die Überlastungsanzeigen nach Bereichen. Sie weist darauf hin, dass der Stellenplan 2017 den

1. Januar 2017 markiert und nicht den 31.12.2106.

Mit Bezug auf die gegenwärtig vorliegende Anfrage des Abg. Steinhausen für den nächsten Kreistag zur Krankenstatistik weist die Landrätin darauf hin, dass mit der Antwort der Verwaltung die heute vorgelegte Statistik aktualisiert werden wird.

Herr Abg. Steinhausen fragt mit Blick auf die steigenden Personalkosten, ob geprüft wurde, in welcher Höhe Mehrerträge auf der Einnahmenseite daraus resultieren. Darüber hinaus hätte er gern Informationen, ob es berechnete Kritik in Ämtern zu einem Personalüberbestand gibt. Als Beispiel führt er die Kritik der Bürgermeister an, dass es im Vergleich zu anderen Landkreisen eine zu gute Ausstattung in der unteren Denkmalschutzbehörde gibt. Er hätte sich einen Stellenaufwuchs ohne Veränderung der Gesamtzahl der Mitarbeiter gewünscht.

Frau Landrätin Wehlan verweist auf die Seite 10 der Power-Point-Präsentation und stellt dar, dass die Erträge gestiegen sind. Insgesamt ist das Thema Ausfinanzierung der unteren Landesbehörden offen, welches an die Landesregierung herangetragen wurde, jedoch bisher noch unbeantwortet ist. Sie erläutert mit Bezug auf das Personalentwicklungskonzept die Bedeutung der Aufgabenkritik für die Stellenbemessung.

Herr Abg Steinhausen macht darauf aufmerksam, dass den Abgeordneten eine Beurteilung für den Stellenaufwuchs leichter fallen würde, wenn entsprechende Fallzahlen, z. B. für die Erstellung von Gebührenbescheiden, vorliegen würden. Des Weiteren fragt er nochmals zum Umgang mit der Kritik der Bürgermeister bezüglich der unteren Denkmalschutzbehörde.

Frau Landrätin Wehlan führt aus, dass in den Beratungen der Bürgermeister deutlich vermittelt wurde, dass es im Landkreis eine Denkmalschutzbehörde gibt, die fachlich sehr gut aufgestellt ist, jedoch nicht überproportional, was die Stellenausstattung betrifft. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Arbeitsweise anderer Behörden eine andere ist als die in Teltow-Fläming.

Herr Abg. Stefke dankt der Verwaltung für die Informationsvorlage, die ein gutes Arbeitspapier darstellt. Er macht darauf aufmerksam, dass nicht nur das Jahr 2017 betrachtet werden kann, sondern der Rahmen größer gesehen werden sollte. In den nächsten Jahren müssen vielfältige Probleme beachtet werden. Dazu gehören die Flüchtlingsthematik, Kreisgebietsreform, Haushaltskonsolidierung sowie der massive Abgang von ca. 250 Stellen.

Frau Landrätin Wehlan erinnert daran, dass bereits mit dem Personalentwicklungskonzept die Fragen der Personalentwicklung in der Gesamtheit aufgerufen wurden. Das größte Problem ist aus ihrer Sicht nicht das Thema Stellenabbau sondern das der Stellenertüchtigung in Anbetracht der Alterung der Verwaltung. Sie macht z. B. darauf aufmerksam, dass Vergleichsringe und das PWC-Gutachten aus dem Jahre 2009 für die untere Bauaufsichtsbehörde aufgrund der veränderten Bedingungen nicht mehr herangezogen werden können, da es heute eine Antragsflut auf Baugenehmigungen gibt. Sie macht deutlich, dass Haushaltskonsolidierung ein Thema ist, welches stets auf der Agenda der Verwaltung steht. Das zeigt die Differenz zwischen dem, was von den Ämtern berechtigt an Personalstellen beantragt wurde und dem, was durch die Landrätin und die Verwaltungsleitung verantwortet werden kann.

Herr Abg. Barthel dankt der Verwaltung für das gute Arbeitsmaterial. Er fragt, welche Aufgaben der Landkreis als untere Landesbehörde tatsächlich realisieren muss, die nicht durch Konnexität gedeckt sind. Er macht darauf aufmerksam, dass in der Vorlage (Seiten 5/6) ein Bereich fehlt, der keinen Stellenaufwuchs beantragt hat – Kreisentwicklung/Wirtschaftsförderung. Er hätte sich gefreut, wenn die Ämter auch aufgezeigt hätten, was sie durch Umorganisation oder Straffung der eigenen Arbeit einsparen wollen. Vielleicht wäre die Aussage noch nachträglich möglich. Des Weiteren fragt er, um wie viele vollbeschäftigte Stellen es sich handelt bei den dargestellten Personalmehrkosten in Höhe von 2.351.190 €. Darüber hinaus möchte er wissen, ob in den Personalkosten bereits die tariflichen Veränderungen enthalten sind.

Frau Landrätin Wehlan informiert, dass die Personalkosten, die die Tarifangleichungen enthalten, auf den gesamten Stellenplan bezogen sind. Sie führt umfassend aus, welche Kosten aus welchen Gründen hierin nicht enthalten sind.

(Herr Abg. Eichelbaum verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Barthel fragt, wieviel Prozent von dieser Summe Tarifsteigerungen und Neueingruppierungen geschuldet sind.

Herr Abg. Muschinsky verweist auf die Seite 10 der Power-Point-Präsentation. Hieraus ergibt sich, dass 1.027.655 € die tatsächlichen Kosten sind, die durch die Neubeantragung und Befürwortung der Stellen entstehen und die Differenz ist übliche Personalkostensteigerung.

Frau Landrätin Wehlan nimmt die Frage von Herrn Barthel nochmals zur Klärung mit.

Herr Abg. Muschinsky verweist darauf, dass eine Ist-Kostenplanung, so wie sie hier vorliegt, immer hohen Schwankungen unterliegt. Dahingegen kommt es bei einer Soll-Kostenplanung zu Einsparungen. Er schlägt vor, alle Stellen mit der Bewertung, wie sie am 01.01.2017 zu sein haben, im Stellenplan darzustellen, nicht mit der Eingruppierung der Beschäftigten.

Frau Boßdorf erhält auf Vorschlag der Landrätin Rederecht. Sie erläutert, dass dies in der Personalkosten- und Stellenplanung so gehandhabt wurde, wie Herr Muschinsky angeregt hat.

Herr Abg. Muschinsky weist darauf hin, dass es gemäß § 9 der KomHKV nur die Verpflichtung gibt, alle dauerhaft besetzte Stellen aufzunehmen sind. Das bedeutet, dass die befristet besetzten Stellen hier nicht aufgenommen werden müssen.

Herr Abg. Akuloff begründet, warum ihm die Gesamtübersicht über das Personal sehr wichtig ist. Er weist auf einen Widerspruch im Bereich Baugenehmigungsverfahren (Seite 21 der Vorlage) zwischen der Meinung der Amtsleitung und der gezogenen Konsequenz der

Verwaltung. Er fragt, warum der Vorschlag der Verwaltung, drei Prüfgruppen zu bilden, seitens der Amtsleitung nicht mitgetragen wird.

Der Vorsitzende des HFA schlägt für die weitere Diskussion vor, die einzelnen in der Vorlage dargestellten Fachbereiche aufzurufen und hierzu Fragen zu stellen oder Hinweise zu geben.

Herr Abg. Stefke fragt zum **Rechtsamt** nach, inwieweit bestimmte Vorgänge in diesem Bereich mit externer Hilfe, z. B. einer Rechtsanwaltskanzlei, abgemildert werden können.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass dies bereits jetzt teilweise so gehandhabt wird. Für Sachverhalte, die über die erste richterliche Instanz hinausgehen, muss anwaltlicher Beistand eingeholt werden. Sie informiert, dass der Landkreis auch im Rahmen des kommunalen Arbeitgeberverbandes die Möglichkeit hat, sich juristische Leistungen einzukaufen.

Herr Abg. Muschinsky regt an darüber nachzudenken, inwieweit eine Person mit juristischem Sachverstand alle Vergabeverfahren, auch die europaweiten, in der gesamten Verwaltung begleiten kann. Er schlägt vor, dafür im Rechtsamt eventuell eine befristete Stelle (aus Haushaltsmitteln) zu schaffen.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung dargestellt hat, warum dem Antrag des Rechtsamtes auf Einrichtung einer neuen Stelle nicht Folge geleistet werden soll. Sie nimmt den Vorschlag von Herrn Muschinsky zur Prüfung mit. Frau Landrätin Wehlan informiert, dass der Landkreis TF im Vergleich zu anderen Landkreisen mit Juristen gut ausgestattet ist. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Abgeordneten spätestens im Dezember eine Information zum Ergebnis der geführten Strukturdebatte in der Kreisverwaltung erhalten. Hier kann das Thema der Schaffung einer Vergabestelle nochmals aufgerufen werden.

Herr Abg. Muschinsky schlägt zum Bereich **Ordnungsamt/** Brandinspektorenausbildung vor, keine Ausschreibungen vorzunehmen, sondern die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis und die hauptamtliche Feuerwehr von Berlin gezielt anzusprechen, da diese zum größten Teil die Ausbildungen besitzen. Zum Straßenverkehrsamt schlägt er vor zu prüfen, ob bei der geplanten Zusammenlegung der Standorte zunächst befristete Arbeitsverhältnisse vorgesehen werden können.

Herr Abg. Steinhausen fragt, ob beim **Jobcenter** der Geschäftsführer einen Assistenten benötigt und welche Stellenbeschreibung es hier gibt.

Frau Gurske erläutert, dass die Assistenz für Fragen des Haushaltsanmeldung und des Personalmanagements zuständig ist. Der Landkreis hat durchaus ein Interesse, auch kommunale Mitarbeiter an den Schnittstellen des Jobcenters zu verankern. Sie informiert, dass die 3,5 Stellen nachrichtlich geführt und durch das Jobcenter bezahlt werden.

Herr Abg. Steinhausen fragt, warum die Begründung für die Stellenplanerhöhung im Jobcenter so kurz ausfällt im Gegensatz zu den anderen Begründungen.

Herr Abg. Barthel hätte gern die Struktur des Jobcenters als Information dazu, zumal der politische Raum nicht mehr in der Trägerversammlung vertreten ist.

Frau Gurske führt aus, dass darüber regelmäßig im Ausschuss für Gesundheit und Soziales informiert wird, um die Abgeordneten im Vorfeld der Trägerversammlungen in Kenntnis zu setzen. Zur Untersetzung des Stellenbedarfs wird sie sich mit der Geschäftsführung des Jobcenters in Verbindung setzen und um Ergänzung bitten.

Herr Abg. von der Heide befürwortet es, dass der Landkreis versucht, personell stärker formal und inhaltlich im Jobcenter vertreten zu sein, um den kommunalen Einfluss geltend zu machen.

Herr Abg. Muschinsky macht darauf aufmerksam, dass die Entgeltgruppen nicht angegeben sind und dadurch nicht nachvollziehbar ist, welche Aufgaben der Stelle zugewiesen sind.

(Herr Abg. Stefke verlässt die Sitzung.)

Frau Landrätin Wehlan sichert zu, dass die 15,2% Stellen, mit denen sich der Landkreis an den Stellen des Jobcenters zu beteiligen hat, konkreter ausgeführt werden.

Herr Abg. Muschinsky weist zum Bereich des **Jugendamtes**/Haushalt mit Blick auf Zentralisierungsdebatte die darauf hin, dass der Kämmerer gern eine zentrale Haushaltsbuchung hätte. Hier wäre es sinnvoll, eine befristete Stelle einzurichten.

Herr Abg. Muschinsky macht zum Bereich **Gesundheitsamt** darauf aufmerksam, dass der Beruf nicht mehr „Arzthelfer“, sondern „Medizinische Fachangestellte“ bzw. „Zahnmedizinische Fachangestellte“ heißt.

Herr Abg. Muschinsky schlägt vor, im Bereich der **unteren Bauaufsichtsbehörde** darüber nachzudenken und zu prüfen, ob bei gleichbleibendem Personalbestand der Wechsel von überwiegend Bauingenieuren hin zu überwiegend Verwaltungsmitarbeitern erfolgen kann. Sollte es z. B. einen Personalüberhang aufgrund rückläufiger Bauanträge geben, kann ein Verwaltungsmitarbeiter flexibler in der Verwaltung eingesetzt werden.

Herr Abg. von der Heide bittet zu prüfen, wie die Bearbeitungszeit von Baugenehmigungen gesenkt werden kann. Er schlägt vor, in den Fachausschüssen zu diskutieren, wie die Bauaufsicht aufgestellt sein muss, damit die Bearbeitungszeiten für Baugenehmigungen wieder verkürzt werden können.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass dieses Thema im Zusammenhang mit der Haushaltsdiskussion auch in den Ausschüssen diskutiert werden kann.

Frau Boßdorf führt als Ursache für die längeren Bearbeitungszeiten an, dass es seit 2010 einen Anstieg der Baugenehmigungsverfahren und der ordnungsrechtlichen Verfahren gibt, jedoch nicht mit entsprechendem Personaleinsatz darauf reagiert wurde.

Herr Förster-Schüz, Sachgebietsleiter Rechtliche Bauaufsicht, erhält Rederecht. Er bestätigt, dass die Nähe der Prüfgruppenleiter zur Sachbearbeitung sehr wichtig ist. Aufgrund der mittlerweile geänderten Arbeitssituation kann mit dem Vorschlag der Aufstockung auf drei Prüfgruppen seitens der Amtsleitung mitgegangen werden. Der Vorschlag, verstärkt Verwaltungsmitarbeiter anstatt Bauingenieure einzusetzen, bedeutet eine grundsätzliche Neuorientierung, die geprüft werden muss.

Herr Abg. Steinhausen verweist darauf, dass das Rechtsamt bisher der Landrätin unterstellt war, sich jetzt aber beim D I befindet.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass das Rechtsamt temporär der Landrätin unterstellt war, bis das Dezernat I arbeitsfähig gestaltet wurde. Mit der ordentlichen befristeten Besetzung der Stelle des Dezernenten durch Herrn Dornquast wurde das Amt, welches zum Innenbereich gehört, dort angegliedert.

Sie informiert darüber, dass temporär das Sachgebiet Personal und Organisation noch der Landrätin unterstellt ist. Zukünftig ist aus ihrer Sicht ein Amtsbereich notwendig.

Herr Abg. Stefke fragt, wie mit dieser Vorlage und den heute gegebenen Hinweisen weiter umgegangen werden soll.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass es sich um einen Informationsvorlage handelt, die die Handlungsweise der Verwaltungsleitung zur Erarbeitung des Stellenplanes dokumentiert. Derzeit erarbeitet der Kämmerer den Haushalt 2017, einschließlich Stellenplan/Personalkosten, der an die Landrätin übergeben wird. Durch sie ist der Haushaltsplan festzustellen und mit ihrer Entscheidung zur Einbringung in den Kreistag verbunden.

Die heutigen Vorschläge, Denkanstöße und Prüfaufträge werden in die Informationsvorlage einfließen und dem Kreistag zugeleitet.

**Der HFA und der Kreisausschuss nehmen die Vorlage zur Kenntnis.**

(Herr Abg. Stefke verlässt die Sitzung.)

### **TOP 3**

#### **Erhöhung der Aufwendungen / Auszahlungen in den Produktkonten Übergangswohnheime und Leistungen für Asylbewerber ( 5-2919/16-II/1 )**

Frau Gurske gibt bekannt, dass sich in der Vorlage verbal aufgeführt wurde, dass Einnahmen aus der Umsetzung der Satzung in Höhe von ca. 100 T€ erwartet werden, diese aber nicht im Produktkonto aufgeführt sind. Dadurch ergibt sich der scheinbare Rechenfehler, dass es ein Delta von 1,6 Mio. € gibt. Tatsächlich entsteht jedoch ein Delta von 1,5 Mio. €. Zur Sitzung des Kreistages wird eine korrigierte Vorlage eingereicht.

Herr Abg. Steinhausen fragt, ob die Gegenfinanzierung aus der allgemeinen Finanzwirtschaft bedeutet, dass es sich um einen Kassenkredit handelt.

Frau Landrätin Wehlan macht darauf aufmerksam, dass die Deckungsmittel aus der allgemeinen Finanzwirtschaft darzustellen sind.

**Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 5-2919/16-II zu beschließen.**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 5-2919/16-II zu beschließen.**

Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses beendet die gemeinsame Sitzung.

Luckenwalde, den 10. Oktober 2016

Dirk Hohlfeld  
Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

Kornelia Wehlan  
Vorsitzende des Kreisausschusses